

Buchbesprechungen

Frank Fischer/Herbert Gottweis (Hg.)

THE ARGUMENTATIVE TURN REVISITED: Public policy as communicative practise, Durham, NC/London 2012, Duke University Press, 393 S., 21,05 EUR.

Als der Band *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning* 1993 bei Duke University Press erschien, avancierte er angesichts der wachsenden Kritik an dem positivistischen Hauptstrom bald zu dem, was im Rückblick auf die Entwicklung dieser Forschungsrichtung als „landmark publication“ erscheint – auch bei denen, die den hier vorgeschlagenen post-positivistischen Wegen nicht folgen mochten. Kam das spezifische Merkmal der hier propagierten „Wende“ mit der Kennzeichnung „argumentativ“ auf den ersten Blick klar zum Ausdruck, so machten die Herausgeber Frank Fischer und John Forester in ihrer Einleitung deutlich, dass es ihnen bei dem „Argumentative Turn“ um eine doppelte Wende ging: einerseits um eine Hinwendung zu Argumenten als Gegenständen der Policy-Analyse, andererseits um ein verändertes Selbstverständnis der Policy-Analytiker. Policy-Analyse und Planung seien, so die zentrale Botschaft, nicht mehr als Wissenschaft, sondern als praktischer Argumentationsprozess zu verstehen.

Fast zwanzig Jahre später hat Frank Fischer nun mit einem neuen Mitherausgeber, dem Wiener Politologen Herbert Gottweis, einen Sammelband veröffentlicht, dessen Titel explizit auf die wegweisende Publikation von 1993 rekurriert. Allerdings bildet das „re-visiting“ der Positionen und Perspektiven im Lichte der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen neben der Einleitung nur in einigen wenigen Beiträgen den Ausgangspunkt der Überlegungen. Das mag auch daran liegen, dass neben Frank Fischer mit John Dryzek und Patsy Healy nur noch zwei weitere der Autorinnen und Autoren vertreten sind, die bereits 1993 einen Beitrag zum „Argumentative Turn“ geleistet hatten. Dabei deutet der Untertitel des Bandes auch an, was der nunmehr unspezifischer formulierte gemeinsame Nenner der hier versammelten Autorinnen und Autoren ist: „Public Policy“ wird als kommunikative Praktik verstanden.

In einem ersten Teil finden sich zwei Beiträge, die an die Frage nach dem Verhältnis von Policy Argumentation und öffentlicher Partizipation anknüpfen: John Dryzek und Carolyn Hendriks greifen die Verbindung des „Argumentative Turn“ mit den vielfältigen, in der politischen Praxis zu beobachtenden Tendenzen zur Institutionalisierung deliberativer Foren in politischen Prozessen auf und fragen dabei auf der Basis einer Vielzahl empirischer Studien insbesondere nach der Rolle, die das institutionelle Design dieser Foren für die Deliberation spielt. Anknüpfend an ihr 1993 expliziertes Verständnis von Planung als kommu-

nikativem Prozess skizziert Patsy Healy die Idee von „collaborative planning“ in Bezug auf den Bereich von „place governance“ und illustriert dieses Konzept an Fallbeispielen aus dem Management von Nachbarschaften, der Förderung großer raumbezogener Projekte und der raumbezogenen Strategiebildung in Nordamerika und Westeuropa.

In einem zweiten Teil stehen Institutionen und „Policy Frames“ im Zentrum. Vivien Schmidt umreißt ihr „umbrella concept“ eines vierten „diskursiven Institutionalismus“, in dem inhaltliche Ideen, denkende und sprechende Akteure und ihre Interaktionen sowie institutionelle Kontexte in „koordinativen“ und „kommunikativen“ Diskursen in ihren wechselseitigen Bezügen betrachtet und analysiert werden können. Mary Hawkesworth behandelt die Bedeutung von „Policy Frames“ am Beispiel der Entwicklungspolitik, in dem sie den instrumentell gedachten etablierten Rahmen des Modernisierungsdiskurses mit drei alternativen Rahmungen aus der feministischen politischen Ökonomie kontrastiert und dabei die kritische These entwickelt, dass das zentrale Projekt der „Entwicklung“ nicht die Armutsbekämpfung sei, sondern die Herstellung, Verbreitung und Naturalisierung von hierarchischer Macht in Bezug auf Gender, Ethnizität und Klasse.

Im dritten Teil geht es um Policy Argumentation in und durch neue Medien, insbesondere im Internet und im Film. Stephen Coleman diskutiert die Frage, ob das Internet den erwünschten diskursiven Raum für eine „expansive Demokratie“ mit stärker multivokalen Narrativen bereithält – und kommt zu dem Schluss, dass das Internet mit seinen kontingenten, oft agonistischen und asymmetrischen Entitäten am besten als Ort der Ironie im Sinne von Rorty zu verstehen ist. Leonie Sandercock und Giovanni Attili präsentieren aufschlussreiche Reflektionen über ein Aktionsforschungsprojekt zur Stadtplanung in Vancouver, in dem Film als Medium einer polyphonen narrativen Policy-Analyse und zur Katalyse eines Policy-Dialoges über die Transformation von Fremden zu Nachbarn eingesetzt wurde.

Der vierte Teil beschäftigt sich mit der Rolle von Rhetorik und Semiotik in Policy-Analysen. Im Rückgriff auf Aristoteles' Unterscheidung von Logos, Ethos und Pathos skizziert Herbert Gottweis einen Bezugsrahmen für die rhetorische Analyse des Policy-Prozesses und illustriert die Rolle von Überzeugungen, Personen und Emotionen auf eindringliche Weise in einer szenografischen Analyse zentraler Beiträge zur Debatte um die Nutzung von Stammzellen in den USA. Sanford S. Schram entwickelt einen semiotischen Ansatz zur Analyse von Tiefenstrukturen eines Diskurses und zeigt am Beispiel der Wohlfahrtspolitik, wie die subjektiven Identitäten in diesem Politikfeld durch Policy-Narrative und Metaphern der Bedürftigkeit

und Abhängigkeit im Sinne einer Moralisierung und Medikalisierung strukturiert werden.

Im fünften und letzten Teil geht es um Theorie und Praxis einer kritischen Policy-Analyse. Hubertus Buchstein und Dirk Jörke zeichnen den grundlegenden Beitrag nach, den Jürgen Habermas mit seiner Positivismuskritik und seiner Theorie kommunikativen Handelns zu einer kritischen Policy-Analyse geliefert hat, rekonstruieren sodann die Kritik, die seitens einer poststrukturalistischen, von Foucault inspirierten Diskursanalyse daran geübt wurde, und schlagen schließlich eine Perspektive vor, unter der beide Zugänge eher als komplementär denn als entgegengesetzt verstanden werden können. David Howarth und Steven Griggs erläutern die Grundlagen ihres Ansatzes einer poststrukturalistischen Policy-Analyse unter Rückgriff auf eine spezifische diskurstheoretische Lesart von Gramsci und Lacan, mit dessen Hilfe Policy-Wandel als hegemonialer Kampf analysiert werden kann, in dem die affektive Dimension des Policy-Making eine besondere Rolle spielt. Frank Fischer und Alan Mandell erinnern zunächst an unterschiedliche Konzepte des Policy-Lernens und erweitern diesen Diskussionskontext dann (inspiriert u.a. von Paolo Freire) um Theorien des transformativen Lernens, mit deren Hilfe Prozesse des Wandels von Kognitionen und Einstellungen sowohl besser verstanden als auch praktisch unterstützt werden können. Sie erläutern diese Perspektive an Beispielen aus dem Bereich der partizipativen Planung und Stadtpolitik und schließen mit einer Diskussion der Implikationen, die sich daraus für professionelle Ausbildung und Praxis der Policy-Analyse ergeben.

Dieser zweite Band zum „Argumentative Turn“ stellt nicht nur wegen seiner vielfältigen neuen Perspektiven auf Policy als kommunikative Praktik eine anregende Pflichtlektüre für alle dar, die sich mit der post-positivistischen Policy-Analyse auseinandersetzen wollen. Dringend zu empfehlen ist die Lektüre auch wegen des in der Einleitung unternommenen Versuches, die unterschiedlichen konzeptionellen Entwicklungen in diesem dynamischen Feld zumindest begrifflich so weit zu sortieren, dass den Leserinnen und Lesern eine gewisse Orientierung angeboten wird, die über den Band selbst hinausreichen dürfte.

Thomas Saretzki (Lüneburg)

E-Mail: thomas.saretzki@uni.leuphana.de

Thomas König

DIE FRÜHGESCHICHTE DES FULBRIGHT PROGRAMM IN ÖSTERREICH. Transatlantische „Fühlungnahme auf dem Gebiete der Erziehung“, Innsbruck/Wien 2012, StudienVerlag, 188 S., EUR 26,90.

Zwischenstaatlichen Akademikeraustausch gibt es seit mehr als hundert Jahren. Wie dieser jeweils gestaltet

wurde, aufgrund welcher Kriterien die Teilnehmer ausgewählt wurden und welche Folgen derartige Besuche für die beiden daran beteiligten Seiten hatten, darüber wissen wir immer noch recht wenig. Sowohl in zeitgenössischen Dokumenten wie in der Literatur zum Thema wurde gerne und häufig von einer Mission gesprochen, die damit verbunden gewesen sei. So schrieb beispielsweise 1914 der damals gerade dreißigjährige Joseph A. Schumpeter nach einer einsemestrigen Gastprofessur an der New Yorker Columbia University in seinem *Bericht über die Mission als Austauschprofessor* an den Minister: „Ich ergreife die Gelegenheit Ew. Exzellenz nochmals für die ehrende Betrauung mit dieser Mission, die mir in jeder Beziehung zu großer Befriedigung gereichte und aus der ich dauernde Anregungen gezogen zu haben hoffe, meinen ergebensten Dank auszusprechen.“ (Der ausführliche und sehr beeindruckende Bericht wurde jüngst von Ulrich Hedtke im Web veröffentlicht: <http://www.schumpeter.info>).

Auch später wurde bei Austauschprogrammen gerne von einer Mission gesprochen. Allein, die Missionare kamen nun aus Übersee und die Missionierten hatten Schwierigkeiten, sich in die passive Rolle einzufinden. Diese Konstellation ist Gegenstand des vorliegenden Buches, einer gründlich überarbeiteten und stark gekürzten Version der 2008 vorgelegten Dissertation des Verfassers. Vorweg sei offengelegt, dass der Rezensent mehrfach mit dem Autor über seine Arbeit diskutierte, er sich aber nicht befangen fühlt.

Der Titel des Buches ist fast zu bescheiden gewählt, schildert und analysiert König doch in eindrücklicher Weise die österreichische Wissenschaftspolitik und die Verhältnisse an den heimischen Universitäten der 1950er- und 60er-Jahre. Das *Fulbright Program* ist der günstigerweise aktenmäßig sehr gut dokumentierte Fall, der es erlaubt, das akademische Feld Österreichs dieser Jahre zu analysieren. Mehr noch, diese Studie könnte und sollte auch als Fallgeschichte von zwischenstaatlichen Austauschprogrammen gelesen werden; es wäre sehr wünschenswert, wenn der österreichische Fall mit anderen Ländern, in denen Fulbright Kommissionen tätig waren, vergleichend behandelt würde. Dazu später mehr.

Zuerst zum Inhalt. Dem amerikanischen Senator William Fulbright verdanken Wissenschaftler vieler Länder Studienaufenthalte in den USA und viele (mittlerweile nicht nur europäische) Universitäten amerikanische Gastprofessoren. Möglich wurde das durch Fulbrights Vorschlag, die Unmenge an Kriegsmaterial nach Ende des Weltkriegs weder in die USA zurückzubringen, noch einfach zu verkaufen, sondern gegen Jahreskreditzahlungen zu tauschen, die von den Regierungen der betreffenden Staaten aufzubringen waren. Die Entstehung des Programms und die daran beteiligten Organisationen werden eingangs geschildert. Jeder teilnehmende Staat vereinbarte mit der US-Regierung die Errichtung einer sogenannten Fulbright Kommission, die sich paritätisch aus Amerikanern und im vorliegenden Fall Österreichern zusammensetzte. Die

Letztentscheidung lag in den Händen des eigens dafür gegründeten amerikanischen Board of Foreign Scholarship, das Jahresprogramm auslobte und innerhalb derselben Anträge der jeweiligen Landeskommision entgegennahm. Von den verschiedenen Programmschienen interessiert sich König vor allem für die Professoren aus den USA, die nach Österreich eingeladen werden sollten und wurden, der Studentenaustausch wird hingegen nicht untersucht.

Die Konstellation war für die österreichische Seite in mehrfacher Weise eine Herausforderung: Erstens musste man auch im akademischen Feld akzeptieren lernen, dass die neue (militärische) Weltmacht einen Führungsanspruch erhob, der als Mission ausgestaltet wurde. Zweitens waren die Universitäten und in ihnen die Universitätsprofessoren gefordert, diese, wie König zeigen kann, eher ungeliebte Unterstützung zu inkorporieren, was konkret hieß, Gäste willkommen zu heißen, deren Lehrangebot Studierenden zugänglich zu machen und dabei mehr als einmal auch noch kritisiert zu werden. Drittens war damit eine Einschränkung akademischer Autonomie in Kauf zu nehmen, was auf hinhaltenden Widerstand stieß. Viertens mussten österreichische Professoren und Ministerialbeamte ihnen fremde und befremdlich erscheinende wissenschaftliche Disziplinen akzeptieren. Fünftens trafen heimische Nutznießer vergangener gewaltsamer Änderungen des universitären Personalstands (1933/4 und 1938) auf Gäste, die vorübergehend in ein Land zurückkamen, aus dem sie vor nicht allzu langer Zeit vertrieben worden waren und das sie gut genug kannten, um hier keine Fremden zu sein, denen man etwas vormachen hätte können.

Die Kapitel, in denen die hier angesprochenen Herausforderungen behandelt werden, bilden den Hauptteil des Buches. Nach ihrer Lektüre versteht man das Österreich der 50er- und 60er-Jahre, seine damaligen Universitäten und ihr Personal besser. Der in einem anderen Zusammenhang von einem führenden Exponenten der Wissenschaftspolitik, dem langjährigen Ministerialrat und zeitweiligen Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (der in der Fulbright Kommission saß), geprägte Ausspruch, man müsse amerikanischen Avancen mit „negativem Wohlwollen“ begegnen, charakterisiert das Verhalten der österreichischen Seite auch in diesem Fall. Es steht hier nicht genug Platz zur Verfügung, auf Details einzugehen. Wer sich für Österreich und seine Gebildeten interessiert, der findet in Königs Buch fast auf jeder Seite Erhellendes, von dem allerdings nicht gesagt werden kann, dass es den Nationalstolz zu befördern geeignet wäre.

Wie eingangs angedeutet lädt Königs Buch zu weiterführenden Fragen ein. Wenigstens einige seien hier angedeutet. Offenkundig gehörten jene (teils Neo-)Amerikaner, die als Austauschprofessoren nach Österreich kamen, nicht zur Kategorie der exzellentesten, sondern bestenfalls zum oberen Mittelfeld. Da die meisten Amerikaner, die ein Interesse an der Teilnahme am Fulbright Program zeigten,

vermutlich an ihren Heimatuniversitäten eines der damals schon üblichen Sabbaticals genossen, könnte es sein, dass Österreich nicht die erste Option war. Waren Bewerbungen um Aufnahme in eines der Centers for Advanced Study gescheitert (jenes in Palo Alto, an dem eine Vielzahl ehemaliger Österreicher waren, wurde 1954, also zur selben Zeit gegründet und dasjenige in Princeton existierte noch länger)? Waren andere europäische Universitäten erste Wahl gewesen? War die Dotierung einer Fulbright Professur für Prominentere zu gering? Eine ländervergleichende Studie könnte darüber Auskunft geben.

König diskutiert im 6. Kapitel die Frage des Wissenstransfers und kommt zu einem vorsichtig formulierten negativen Resultat. Das Austauschprogramm und die daran beteiligten Austauschprofessoren hätten das Verständnis für die neue Nomenklatur (vor allem der sozialwissenschaftlichen) Disziplinen befördert, aber nachhaltige Wirkungen nicht erreichen können. Die im Anhang befindliche Liste aller 155 amerikanischen Austauschprofessoren (verweist die nicht erläuterte Kursivierung auf jene, die näher untersucht wurden?) enthält zumindest zwei Namen, zufälligerweise zwei Philosophen, deren Fulbright Professur tatsächlich nachhaltige Wirkung hatte. Arthur Pap, der 1953 in Wien war, ermunterte Paul Feyerabend und Roderick Chisholm, der 1959 in Graz war, wurde später dort Honorarprofessor, lehrte als solcher viele Jahre lang und etablierte enge Kontakte mit der Grazer Philosophie. Kann man Ähnliches auch für andere der Fulbrighter sagen?

König erörtert eingehend auch die Frage, wie das Fulbright Program zur Änderung der Semantik von Social Sciences beigetragen haben könnte, und meint, dass der Unterschied darin zu sehen sei, dass in den USA ein breiter Konsens über Disziplinen bestand, der zur Grenzziehung benutzt wurde, während in Österreich Schulen die dominante Organisationsform gewesen wären. Dem würde ich nicht widersprechen, aber doch zu bedenken geben, dass die amerikanischen Wissenschaften vor allem durch die normative Kraft der professionellen Organisationen geformt werden, während die österreichische Wissenschaft zumindest dieser Jahre Beamtenprofessoren aufwies, welche auf ihre individuelle Autonomie gegenüber dem Staat (verkörpert durch die Hochschulsektion des Unterrichtsministeriums) mehr Gewicht legten als auf irgendeine horizontale Kooperation.

Eine Kleinigkeit bleibt noch die merkwürdige Nominierung (ohne Angabe einer disziplinären Zuordnung) eines Edward März durch die Hochschule für Welthandel für das Studienjahr 1955/56. König vermutet, wohl zu Recht, dass es sich dabei um den marxistischen Ökonomen und Wirtschaftshistoriker Eduard März handelt. Doch dieser war seit 1953 schon wieder in Wien. Wollte ihn die Hochschule für Welthandel (wer? Richard Kerschagl?) wegen seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft dem Fulbright Program gleichsam unterjubeln oder ihm bei der mühsamen Re-Etablierung zur Hilfe kommen?

Das nahezu fehlerfreie Buch, das erfreulicherweise einen Personen- und Sachindex aufweist, kann allen, die sich für die politische Kultur Österreichs, für Wissenschaftspolitik und die Universitäten interessieren, ans Herz gelegt werden. Eine Jargon freie und klare Sprache macht es zu einer sehr angenehmen Lektüre.

Christian Fleck (Graz)
E-Mail: christian.fleck@uni-graz.at

Campbell, David F. J./Elias G. Carayannis
EPISTEMIC GOVERNANCE IN HIGHER EDUCATION:
Quality enhancement of universities for development,
Springer 2013, 92 S., 53,45 EUR.

Fast 20 Jahre nach der Veröffentlichung des einflussreichen Buches *The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies* (1994) durch Michael Gibbons et al. ist der Wandel wissenschaftlicher Wissensproduktion nach wie vor ein heißes Thema. David F.J. Campbell und Elias G. Carayannis haben kürzlich ein schlankes Buch verfasst, in dem sie sich mit den Implikationen dieses Wandels für die Governance von Hochschulsystemen eingehend auseinandersetzen.

Dieser Arbeit liegt ein inklusiver Begriff von *Hochschulbildung* zugrunde, der Forschung und Lehre gleichermaßen umfasst, sowie darüber hinaus auch „Third-mission“-Aktivitäten (z.B. Innovation). Unter *Governance* verstehen die Autoren Steuerungsformen wie „steering at a distance“, die die Steuerung autonomer Organisationen ermöglichen (vgl. S. 14). Ausgehend von einem kybernetisch-funktionalistischen Steuerungsverständnis gilt es bei der Governance des Hochschulsystems, die Schnittstellen zwischen einerseits dem Hochschulsystem und seiner Umwelt und andererseits jene innerhalb des Hochschulsystems gleichermaßen in den Blick zu bekommen. Folglich besteht die Rolle des politischen Systems weniger in der Detailsteuerung einzelner Teilsysteme (z.B. Hochschulen) durch rigide Vorgaben, sondern in der Anerkennung deren Autonomie und der ihr zugrunde liegenden Eigenlogik(en) („self rationale[s]“).

Das titelgebende Konzept der „epistemic governance“ bedeutet vor diesem Hintergrund, „that the underlying epistemic structure, the underlying epistemic base or the underlying epistemic paradigms of those organizations, institutions or systems (sectors), which should be governed, are being addressed“ (S. 26). Auf der Mesoebene der Organisation Universität geht es folglich darum, die epistemische Struktur durch Rekonstruktion der vorherrschenden Wissensparadigmen zu identifizieren und in Steuerungskonzepte zu integrieren.

Für die Konzeptualisierung der unterschiedlichen Wissensparadigmen greifen Campbell und Carayannis auf vier Modelle zurück (vgl. S. 28ff.): 1. Das Triple Helix Modell

von Etkowitz und Leydesdorff (2000), welches die Interaktionen von Universität, Wirtschaft und Politik und deren Innovationspotenzial thematisiert. 2. Ihre eigenen Erweiterungen dieses Modells um Kultur, Medien und Zivilgesellschaft sowie der natürlichen Umwelt zur Quadruple respektive Quintuple Helix. 3. Die Unterscheidung von „Mode 1“ und „Mode 2“ der Wissensproduktion durch Gibbons et al. (1994) im Sinne einer Differenz von disziplinär strukturierter Grundlagenforschung (Mode 1) gegenüber themengeleiteter Grundlagenforschung im Anwendungskontext (Mode 2). 4. Die Erweiterung des vorherigen Modells zu einem „Mode 3“-Konzept, welches die parallele Existenz unterschiedlicher Wissensparadigmen hervorhebt (vgl. S. 33).

Als Modelle gegenwärtiger Steuerungslogiken im bzw. des Hochschulsystem(s) stellen Campbell und Carayannis dem New Public Management (NPM) eine Netzwerk-Governance-Logik gegenüber. Während sich Erste auf die Mesoebene der Organisationen bezieht („governance in higher education“) und überwiegend technische, politische und auch implizit normative Aspekte aufweist, ist die Netzwerk-Governance-Logik auf der makrosystemischen Ebene angesiedelt („governance of higher education“) und stärker theoriegeleitet. Um diese beiden Perspektiven zusammenzuführen, wählen die Autoren den folgenden Ansatz: „[G]overnance of and in higher education [...] can be based on and can work through QA [quality assurance], QE [quality enhancement] and QM [quality management].“ (S. 49) Qualität ist für Campbell und Carayannis die „self-rationale“ des Hochschulsystems und gilt ihnen folglich als konstitutiver Bestandteil der Hochschulgovernance.

Zentral für eine Steuerung durch Qualitätsmanagement ist der Miteinbezug der die epistemische Struktur formenden Wissensparadigmen (z.B.: „Mode 1“, „Mode 2“, „Mode 3“), sind sie es doch, die das jeweilige Qualitätsverständnis strukturieren (vgl. S. 50). Neben den zugrunde liegenden Qualitätsverständnissen („Qualität“) identifizieren sie die weiteren Qualitätsdimensionen Effizienz, Relevanz, Viabilität und Effektivität, wobei die letzte Dimension sich ebenso als Metadimension aus den vorher genannten konstruieren lässt (vgl. S. 51).

Ihrer Conclusio stellen die Autoren einen Überblick über aktuelle und prognostizierte Veränderungen in den Arbeitsbedingungen und Karriereverläufen von WissenschaftlerInnen an Hochschulen voran: eine Zunahme von befristeten (Teilzeit-)Arbeitsverträgen, Wettbewerb, managerialer Kontrolle und Qualitätsmanagement. Während die Verbindung von Wissensparadigmen und Governancekonzepten im als auch von Hochschulsystem(en) in den vorangegangenen Kapiteln einsichtig gemacht wird, bleibt hier offen, wie sich Veränderungen der Governance-Konzepte auf struktureller Ebene und Arbeitsbedingungen von WissenschaftlerInnen auf Akteursebene bedingen. Allerdings setzen die Autoren den prekär anmutenden Arbeitsbedingungen des im Ansteigen begriffenen „peri-

pheren“ wissenschaftlichen Personals einen Hoffnungs-schimmer entgegen: die aus einer Mode-2-, Mode-3- bzw. Netzwerk-Governance-Logik durchaus wünschenswerte Möglichkeit von „multi-employment“ bzw. „cross-employment“, also Parallelkarrieren inner- und außerhalb des Hochschulsystems, die zu einer stärkeren Verbindungen zwischen dem Hochschulsystem, Gesellschaft und Wirtschaft führen (könnten).

Christian Rogler (Wien)

E-Mail: christian.rogler@univie.ac.at

Laura Sturzeis (Wien)

E-Mail: Laura.Sturzeis@wu.ac.at

LITERATUR

Etzkowitz, Henry/Loet Leydesdorff (2000). The dynamics of innovation: from national systems and „mode 2“ to a triple helix of university-industry-government relations, in: Research policy, Vol. 29, 109–123.

Gibbons, Michael/Camille Limoges/Helga Nowotny/Simon Schwartzman/Peter Scott/Martin Trow (1994). The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies, London.

Ludger Helms/David M. Wineroither (Hg.)

DIE ÖSTERREICHISCHE DEMOKRATIE IM VERGLEICH, Baden-Baden/Wien 2012, Nomos, 442 S., 74 EUR.

Der Titel des Sammelbandes *Die österreichische Demokratie im Vergleich* weckt hohe Erwartungen, erfolgten Analysen des österreichischen politischen Systems doch bisher in ihrer Mehrzahl ohne Vergleich mit anderen Ländern (gleichen oder anderen Typs). Im einleitenden Kapitel stellen die beiden Herausgeber Ludger Helms und David M. Wineroither freilich klar, dass sie mit ihrem Buch keinen „klassischen“ Vergleich, mit dem Ziel, Theorien zu entwickeln oder zu testen, beabsichtigt hätten. Ihr Anspruch sei bescheidener, nämlich „(e)ine genauere Bestimmung des Platzes der Zweiten Republik innerhalb der Familie der konsolidierten liberalen Demokratien vorzunehmen“ (S. 14) bzw. „eine breite vergleichende Perspektive auf die österreichische Demokratie zu entwickeln, in der Österreich gleichwohl mehr ist als lediglich ein gleichberechtigter Fall neben anderen“ (S. 21).

Trotz des zurückhaltenden Anspruchs sei jedoch die Frage aufgeworfen, ob es nicht auch für eine „breite vergleichende Perspektive“ sinnvoll gewesen wäre, den AutorInnen einen gemeinsamen Analyserahmen als Referenzpunkt zur Hand zu geben. Es überrascht etwas, dass ein Band, der sich mit „Demokratie“ auseinandersetzt, nicht mit einer Definition des Begriffs oder einer Diskussion verschiedener Demokratiemodelle einsetzt. Auch führen nicht alle AutorInnen systematische Vergleiche durch, ordnen Österreich bestimmten „Typen“ zu oder leiten aus der vergleichenden Literatur Erklärungen für

nationale Besonderheiten ab. Manche verweisen nur sporadisch auf andere Länder, ohne den Vergleich als Instrument zur Erzielung von Erkenntnisfortschritten zu nutzen.

Die insgesamt 18 Beiträge (ohne Einleitung) sind in drei Abschnitte gegliedert: Im ersten Abschnitt werden historische Grundlagen und theoretische Perspektiven behandelt (S. 31–144). Zunächst rollen zwei Historiker, Helmut Reinalter und Oliver Rathkolb, die Geschichte der österreichischen Demokratie, einschließlich ihres ideengeschichtlichen Hintergrunds, auf. Anschließend wirft der Rechtswissenschaftler Theo Öhlinger ein Licht auf Besonderheiten der österreichischen Verfassung, vor allem den Verfassungsgerichtshof. Abgeschlossen wird der Abschnitt von zwei politikwissenschaftlichen Beiträgen: Gary S. Schaal und Oliver W. Lembcke stellen aktuelle Demokratietheorien näher vor (u.a. die deliberative Theorie und die Theorie der Postdemokratie), während Birgit Sauer die österreichische Demokratie aus geschlechterkritischer Sicht bewertet. Auch wenn es im ersten Abschnitt vor allem um „historische Grundlagen“ und „theoretische Perspektiven“ gehen soll, scheint mir, dass auch hier eine rigorosere angewandte vergleichende Methode einen Mehrwert erbringen hätte können. So stellt z.B. Sauer fest, dass Österreich „[w]ie alle repräsentativen Demokratien [...] nach dem 2. Weltkrieg institutionelle und normative geschlechtsspezifische Demokratiedefizite aufweist“ [S. 125]. Ein systematischer, empirisch unterfütterter Vergleich, der genauer Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede zwischen Österreich und anderen Ländern aufgezeigt hätte, erfolgt jedoch nicht. Der Beitrag von Schaal und Lembcke wirkt überhaupt deplatziert, bietet er doch hauptsächlich einen Literaturüberblick und geht nur auf schmalen zwei Seiten auf die österreichische Diskussion ein.

Im zweiten Abschnitt („Strukturen, Prozesse, Inhalte“; S. 145–338) verstärkt sich der vergleichende Charakter. Ludger Helms und David M. Wineroither behandeln in ihrem Beitrag u.a. die semipräsidentielle Ausgestaltung des österreichischen Regierungssystems und diskutieren das Paradoxon der in Österreich so häufigen „großen Koalitionen“. Die territoriale Dimension (Demokratie in Bund, Ländern und Gemeinden) untersucht Peter Bußjäger, wobei er dem zwischenstaatlichen Vergleich jedoch wenig Platz einräumt und z.B. die festgestellten „Problem-bereiche“ (Politikverflechtung, Parteidominanz und Exekutivlastigkeit) nur für Österreich beschreibt (S. 188–190). David M. Wineroither und Herbert Kitschelt belegen hingegen durch Vergleich, dass das österreichische Parteiensystem in mehrfacher Hinsicht „besonders“ ist, z.B. was den Stellenwert des Klientelismus (S. 196–201) oder die inhaltliche Konvergenz zwischen den Großparteien anlangt (S. 212–213).

Spannend liest sich der Beitrag von Klaus Armingeon, der – auf Basis von Daten des European Social Survey und durch Vergleich zwischen den Ländern, die verschiedenen Typen von Interessenvermittlungssystemen zuzuordnen

sind – die Lage der Gewerkschaften und den Stellenwert des Korporatismus betrachtet. Er stellt dabei u.a. fest, dass die Mitgliederverluste des ÖGB vergleichsweise dramatisch sind (S. 230–237). Hingegen attestiert er der Sozialpartnerschaft „erhebliche Stabilität“ (S. 244). Auf umfangreiche vergleichende Daten stützen sich auch die Beiträge von Fritz Plasser und Günther Pallaver zu Medienmarkt und politischer Kommunikation bzw. von Fritz Plasser und Gilg Seeber zu politischer Kultur und Demokratiebewusstsein. Letztere kommen zum Schluss, dass Österreich trotz Schwächen, wie z.B. dem überdurchschnittlichen Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber politischen Instanzen, eine vergleichsweise „konsolidierte, im Kern gefestigte und stabile Demokratie“ (S. 287) sei, deren politische Kultur sich „von einer passiven Untertanen-Kultur zu einer europäischen Bürger-Kultur entwickelt“ (S. 288) habe.

David F. J. Campbell führt einen von ihm (mit Kollegen) entwickelten Demokratie-Index vor, laut dem die österreichische Demokratie im Vergleich der OECD- bzw. EU-27-Staaten gut abschneide, wenn es um politische Rechte, zivile Freiheiten, Einkommensgleichheit und nachhaltige Entwicklung gehe, während sie bezüglich Presse- und ökonomischer Freiheit, Gendergerechtigkeit, Korruption und der Integration von MigrantInnen weniger gut dastehe (S. 308). Problematisch am verwendeten Index erscheint insbesondere, dass er das Konzept der Demokratie ziemlich überdehnt und damit, wie der Autor selbst anmerkt, zu jüngeren Ansätzen gehört, die sich „im Theorie-Mainstream erst noch erfolgreich verankern [...] müssen“ (S. 297). Der zweite Abschnitt endet mit einem Beitrag von Herbert Obinger, der anhand reichen Datenmaterials vergleichend das Profil der österreichischen Staatstätigkeit nachzeichnet. Er weist Österreich dem kontinental-europäischen Typ zu, der eine mittlere Position zwischen dem staatszentrierten nordischen und dem marktorientierten angloamerikanischen Typ einnimmt (S. 318–319). Anregend wirkt auch sein Versuch, mithilfe verschiedener Ansätze (u. a. funktionalistische, institutionelle Theorien, historische Pfadabhängigkeit) die Ursachen für dieses Profil zu ergründen.

Die Beiträge im dritten Abschnitt thematisieren neue Herausforderungen und die Zukunft der österreichischen Demokratie (S. 339–439). Zu Beginn stellen Johannes Pollak und Sonja Puntischer Riekmann dar, wie sich Österreich im Vergleich zu anderen Ländern „europäisiert“ hat, d.h. seine politischen Strukturen und Prozesse an die Erfordernisse der EU-Mitgliedschaft angepasst hat. Darauf folgt ein Beitrag von Reinhard Heinisch, der – ausgehend vom Sonderfall der österreichischen Konkordanzdemokratie und der „deutschen Vergangenheit“ – das Phänomen des Rechtspopulismus analysiert. Hier hätte man vielleicht auch einen Vergleich mit rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern erwartet, der jedoch ausbleibt. Sieglinde Rosenberger sieht sich die rechtliche Situation von ausländischen WohnbürgerInnen näher an und stellt dabei einerseits einen Vergleich zwischen politischen, sozialen

und religiösen Rechten an, andererseits zwischen Österreich und anderen Staaten. Damit kann sie ein differenziertes Bild malen, zählt Österreich doch bezüglich der politischen Rechte von Fremden zu den „Bremsen“-Staaten in der EU, während deren religiöse Rechte weitreichender gestaltet sind (S. 389–397). Der historischen Entwicklung, den Inhalten und aktuellen Problemen der politischen Bildung in Österreich widmet sich Wolfgang Sander, wobei er vor allem den Vergleich mit Deutschland herstellt. Im letzten Beitrag entwirft Anton Pelinka eine Reformagenda für Österreich, die fünf Bereiche umfasst: Föderalismus, Wahlsystem, Parteienfinanzierung, Verfassung und Bildungspolitik. Kursorisch verweist er dabei auf erfolgreiche Reformen in anderen Ländern, leider ohne zu analysieren, unter welchen Bedingungen diese erfolgten und inwieweit sie auf Österreich übertragbar sind.

Zusammengefasst: Der vorgelegte Sammelband enthält eine Reihe von interessanten Beiträgen, die das politische System Österreichs in vergleichender Perspektive betrachten und damit neue Erkenntnisse liefern. In manchen Beiträgen kommt die vergleichende Perspektive aber meines Erachtens zu kurz. Schmerzlich vermisst habe ich auch ein Schlusskapitel, in dem nochmals die Erträge der Einzelbeiträge für eine Bewertung des aktuellen Zustands der österreichischen Demokratie zusammengefasst und weitere Forschungsdesiderata identifiziert werden. In formaler Hinsicht fand ich die häufigen Anglizismen in den Beiträgen von Wineroither und Kitschelt bzw. Campbell störend, weil unnötig. Die Rechtschreibfehler in einigen Beiträgen (besonders schlimm bei Rathkolb) sollten wohl dem Verlagslektorat angelastet werden.

Franz Fallend (Salzburg)
E-Mail: franz.fallend@sbg.ac.at

Anna Christmann

DIE GRENZEN DIREKTER DEMOKRATIE. Volksentscheide im Spannungsverhältnis von Demokratie und Rechtsstaat, Baden-Baden 2012, Nomos, 291 S., 49 EUR.

Die Auseinandersetzung mit Grundlagen, Formen und Instrumenten direkter Demokratie hat in den vergangenen Jahren in wissenschaftlicher und politisch-praktischer Perspektive deutlich an Intensität zugenommen. In Deutschland und Österreich ist die akademische Auseinandersetzung einerseits durch Bestandsaufnahmen, andererseits durch normativ-programmatische Beiträge geprägt. Eine Konstante ist darin das Verhältnis zwischen politischen Parteien und Formen politischer Entscheidungsfindung, wobei Instrumente direkter Demokratie als Alternative oder Korrektiv dazu bzw. als Gefahr dafür diskutiert werden. In ähnlicher Weise wird auch auf die Dysfunktionen direkter Demokratie hingewiesen. Insgesamt fällt auf, dass in diesen Auseinandersetzungen kaum

Austausch zwischen Demokratie- und Verfassungstheorien und konkreten Analysen und Vorschlägen besteht und dass somit eine theoretische Verortung direkter Demokratie fehlt. Ebenso fehlt oft die empirische Basis und der – über die Schweiz hinausgehende – Vergleich, der eine kritische Überprüfung der jeweils vorgebrachten Argumente erst möglich macht. Beide Aspekte können aber als maßgeblich dafür aufgefasst werden, ob und wie konkrete Demokratiereformvorschläge formuliert und in einem bestimmten politischen und verfassungsrechtlichen System umgesetzt werden können.

Anna Christmann zeigt in ihrer nun publizierten Dissertation wie eine tiefere Auseinandersetzung mit diesen Fragen gelingen und eine Theorie direkter Demokratie im Spannungsfeld von Demokratie und Rechtsstaat und in Auseinandersetzung mit empirischer Forschung formuliert werden kann. Instrumente direkter Demokratie sind in ihrer konkreten Ausgestaltung immer Verfahren neben anderen Verfahren demokratischer Entscheidungsfindung. Die zentralen Fragen in der Auseinandersetzung mit ihnen sind daher nicht jene nach Alternativen und Dysfunktionen, sondern danach, welche Auswirkungen (der Ausbau) direkte(r) Demokratie unter konkreten Bedingungen auf das Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat hat, und welche Konsequenzen für politische Prozesse und Politikergebnisse damit verbunden sind. Damit wird es auch möglich, Grenzen direkter Demokratie zu formulieren, wie sie – wenn auch meist nicht in expliziter Weise – auch für die repräsentative Demokratie bestehen.

Den Ausgangs- und Referenzpunkt für die hier präsentierten Überlegungen bildet eine Reihe grundrechtsproblematischer Volksinitiativen in der Schweiz und in Kalifornien der letzten 15 Jahre. Damit geht die Autorin zugleich über bisherige Forschungsansätze hinaus, welche sich primär mit der Einschränkung von Minderheitenrechten befassen und dabei einer relativ breiten Minderheitsdefinition folgen. Der Fokus auf Grundrechte ermöglicht demgegenüber eine klare Definition und Anknüpfungspunkte zum Rechts- und Gerichtssystem.

Im ersten Teil des Buches erfolgt eine theoretische Grundlegung direkter Demokratie. In Auseinandersetzung mit den dominierenden Demokratiediskursen der Gegenwart identifiziert Christmann zwei Grundmodelle einer liberalen Demokratie, nämlich die rechtsstaatliche Demokratie, die von einer starken Stellung der Volkssouveränität geprägt ist, und den demokratischen Rechtsstaat, in dem Grundrechte weitgehend politischer Gestaltungsmacht entzogen sind und Gerichten bzw. gerichtsbezogenen Diskursen entsprechende Bedeutung zukommt. In Weiterentwicklung bestehender Modelle formuliert Christmann dann eine Typologie direktdemokratischer Instrumente, die es ermöglicht, die Auswirkungen auf das demokratische System und eine mögliche Grundrechtsproblematik zu benennen. Daraus folgt die Hypothese, dass der Ausbau direkter Demokratie nur in einem starken Rechtsstaat ausgeglichen werden kann oder mit einem

Ausbau des rechtsstaatlichen Prinzips einhergehen muss. Mit anderen Worten: Christmann geht davon aus, dass die Dysfunktionen direktdemokratischer Instrumente in einem demokratischen Rechtsstaat eher aufgefangen werden als in einer rechtsstaatlichen Demokratie, in der eine ausgebaute rechtliche Kontrolle fehlt.

Diese Hypothese wird im zweiten Teil empirisch anhand der Schweiz (auf bundesstaatlicher Ebene) und Kaliforniens untersucht. Die Schweiz kann jedenfalls für den Untersuchungszeitraum als Beispiel für eine rechtsstaatliche Demokratie aufgefasst werden, während Kalifornien im Kontext des politischen und rechtlichen Systems der USA klar dem demokratischen Rechtsstaat zugeordnet werden kann. Christmann nimmt dabei erstmals eine Untersuchung der rechtlichen Stimmotive der BürgerInnen bei Abstimmungen in der Schweiz und Kalifornien vor und ergänzt diese um Textanalysen und Interviews mit führenden Akteuren beider Systeme (Verwaltungsbedienstete, PolitikerInnen, RichterInnen). Die Schlüsse, die Christmann daraus zieht, legen nahe, dass die rechtliche Überprüfung von Initiativen eher Gerichten zukommen sollte, da diese am ehesten in der Lage sind, unabhängig von StimmbürgerInnen und politischen Präferenzen bzw. Strategien zu handeln.

Der dritte Teil setzt sich schließlich mit der Einstellung der Akteure in beiden untersuchten Staaten zu institutionellen Veränderungen und damit zur Bestimmung von Grenzen direkter Demokratie auseinander. Dabei zeigt sich überall eine grundsätzliche Unterstützung für eine rechtliche Überprüfung von Vorlagen, die unabhängig von der Einstellung gegenüber direkter Demokratie ist. Dem steht insbesondere in der Schweiz aber eine große Zurückhaltung der politischen Parteien gegenüber.

In ihren Schlussfolgerungen spricht sich Christmann deutlich für eine institutionell abgesicherte, unabhängige und transparente Überprüfung von Volksinitiativen und damit den Ausbau des demokratischen Rechtsstaats aus. In diesem Rahmen kann die Gefährdung von Grundrechten kein Grundsatzargument gegen direkte Demokratie sein. Vielmehr kann sie – wie die theoretischen und empirischen Befunde gezeigt haben – ein wichtiges Instrument in der politischen Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung sein, das andere Instrumente und Organe ergänzt und ebenso wie diese durch andere Teile des politischen Systems begrenzt ist.

Christmann schließt mit dieser Arbeit eine große Lücke in der theoretischen Auseinandersetzung und empirischen Analyse direkter Demokratie. Sie eröffnet methodische Zugänge, die beide Perspektiven ergänzen und zusammenführen und schafft damit eine wichtige Grundlage für die weitere politik- und rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung über direkte Demokratie, die vor allem auch anschlussfähig für die politische Praxis ist.

Christoph Konrath (Wien)

E-Mail: christoph.konrath@parlament.gv.at

Tina Olteanu

KORRUPT DEKOMRATIE?: Diskurs und Wahrnehmung in Österreich und Rumänien im Vergleich, Wiesbaden 2012, Springer VS, 306 S., 39,95 EUR.

Tina Olteanu setzt sich in ihrer – hier als Buch vorliegenden – Dissertation mit der Frage auseinander, wie sich Korruption auf den politischen Prozess auswirken kann und tatsächlich auswirkt, was sie im empirischen Vergleich zwischen Österreich und Rumänien untersucht. Dabei entwickelt sie einen theoretischen Zugang, der es ermöglichen soll, korruptive Momente zu benennen, selbst wenn diese nicht strafrechtlich verfolgbar sind.

In Österreich war im letzten Jahr die Thematik Korruption, Bestechlichkeit, Veruntreuung und dubiose Formen von Lobbying medial so präsent, dass das Land im Korruptionsindex von Transparency International von Rang 16 im Jahr 2011 auf Rang 25 abgerutscht ist. Im ersten Moment drängt sich daher der Verdacht auf, die Ergebnisse der Studie, die Materialien aus den Jahren 2007 und 2008 analysiert, seien bereits überholt. Bei der Lektüre wird jedoch bald klar, dass diese Grundlagenforschung nicht so leicht überholbar ist. Die Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis demokratischer Verfahren und zur Sensibilisierung für mögliche Verfälschungen. Ob politische Korruption – d.h. Störung oder Beeinträchtigung des demokratischen Prozess vorliegt, kann – so Olteanus Argument – am besten beurteilt werden, wenn sie an einem normativen Maßstab gemessen wird.

Um dies zu bewerkstelligen, entwickelt sie eine neuartige Typologie, basierend auf einem Verständnis von deliberativer Demokratie nach Jürgen Habermas, dessen unterschiedliche Formen von Macht (soziale, administrative, kommunikative, politische, Einflussmacht und Medienmacht) sie durch ein Konzept von korruptionsbedingter Macht ergänzt, die auf unterschiedlichen Ebenen des demokratischen Prozesses von unterschiedlichen Akteuren eingebracht wird. In diesem Sinne lassen sich Öffentlichkeitskorruption, Entscheidungskorruption, Implementierungskorruption, Justizkorruption und Vertuschungskorruption benennen. Alle diese Formen haben das Potenzial, Kernelemente von Demokratie (politische Gleichheit, Volkssouveränität, Partizipation, Rechtsstaat, Vertrauen) zu beschädigen. Vertuschungskorruption ist zwar eine Folgeerscheinung von Korruption, weil sie darauf gerichtet ist, korrupte Handlungen geheim zu halten. Sie kann aber systematisch werden, ein Netzwerk generieren und in diesem Sinne die politische Kultur eines Landes prägen. Somit wirkt sie auch auf die Wahrnehmung von Korruption und folglich auf die Aussagekraft der meisten Korruptionsindizes.

Ein Spezifikum von Korruption besteht ja gerade darin, dass sie im Geheimen passiert, tunlichst verborgen gehalten wird und deshalb als Forschungsgegenstand recht schwer zu fassen ist. Um ihren unsichtbaren Gegenstand einzufangen, umzingelt ihn Olteanu mit dem Einsatz un-

terschiedlicher Materialien und Methoden. Die Schlinge um den Kern des Problems wird so im Laufe des Buches immer enger gezogen: Als „Praxistest“ für Öffentlichkeitskorruption werden zwei Werbekampagnen zu Impfungen untersucht. Während im rumänischen Fall die persönliche Beziehung der Geschäftsführerin der beauftragten Werbeagentur zum Gesundheitsminister auch im medialen Korruptionsdiskurs verhandelt wurde, ist der österreichische Fall (FSME- und Meningokokken-Impfung) weniger eindeutig. In der Analyse der Webauftritte ergeben sich Verdachtsmomente, die durch Intransparenz der Finanzierung und eine scheinbar nur virtuell existierende Selbsthilfegruppe hervorgerufen werden. Um den Diskurs über Korruption einzufangen wird, eine Zeitungsanalyse durchgeführt und mit Ergebnissen der Eurobarometerumfragen verglichen. So werden Differenzen und Gemeinsamkeiten zwischen einem Elitendiskurs („Qualitätszeitungen“) und der Korruptionswahrnehmung in der Bevölkerung verdeutlicht, die zusammengenommen landesspezifische diskursive Konstruktion von Korruption vollführen. Sodann wird die Bereitschaft von ParlamentarierInnen, sich selbst durch Antikorruptionsmaßnahmen zu beschränken, untersucht, wobei internationaler Druck an der Glaubwürdigkeit zu nagen scheint. Überraschendes Ergebnis und wohl auch eine (geheime) Prämisse der Studie ist, dass das vermeintliche Ost-West-Gefälle in Sachen Korruption empirisch nicht eindeutig ausfällt. Österreich und Rumänien sind zwar grundverschieden, aber Demokratie gefährdende Korruption findet sich hier wie dort. Doch während in Österreich zumindest die Vorstellung einer Win-Win-Situation vorherrscht, dominieren in Rumänien Zwang und Resignation.

Das Buch wäre für ein breites Spektrum von LeserInnen von Interesse, ist aber wohl eher für WissenschaftlerInnen zugänglich. Denn das erste Kapitel entspricht ganz und gar den formalen Vorgaben einer Qualifikationsarbeit. Das ist zwar loblich, für die Buchpublikation hätte man sich aber eine Einführung gewünscht, die nicht den wissenschaftlichen Formvorgaben verpflichtet ist, sondern auch ein breiteres Publikum zum Thema hinführt. Dennoch gehe ich davon aus, dass die Studie Anregungen bietet für die Diskussion über Demokratieschwächung und Postdemokratie. Sie ist aber auch ein wichtiger Beitrag zur politischen Kulturforschung und könnte in diesem Feld nutzbar gemacht werden. Das Buch ist zudem empfehlenswert als praktisch-normative Orientierung für alle, die in der Politik oder in Politikberatung und Lobbying tätig sind, und mitunter im Nahebereich zu politischer Korruption agieren.

Marion Löffler (Wien)

E-Mail: marion.loeffler@univie.ac.at

Melanie Dejnega

RÜCKKEHR IN DIE AUSSENWELT: Öffentliche Anerkennung und Selbstbilder von KZ-Überlebenden in Österreich, Wien 2012, Wiener Studien zur Zeitgeschichte Bd. 4, LIT Verlag, 168 S., 19,90 EUR.

Melanie Dejnega stellt die zentrale Forschungsfrage nach den Auswirkungen der offiziellen Anerkennung durch die Republik Österreich als NS-Opfer auf Identitätskonstruktionen und Lebensperspektiven ehemaliger Mauthausenhäftlinge. Die Historikerin kombiniert dafür konträre Quellen: lebensgeschichtliche Interviews und Gesetzestexte. Die Interviews wurden im Zuge des internationalen *Mauthausen Survivors Documentation Project* (MSDP) geführt, in dessen Rahmen auch 20 Österreicher befragt wurden. Aus diesen wählte die Autorin eine Stichprobe von sieben Interviews. Entscheidend für die Auswahl waren in erster Linie ein Lebensmittelpunkt in Österreich nach 1945 und Streuung nach Häftlingskategorien. Die sukzessive Ausweitung der Gruppen, die vom Gesetzgeber als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt wurden, erfolgte vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Noch 1945 wurde mit dem Opferfürsorgegesetz nur die politische Kategorie aktive „Opfer des Kampfes“ anerkannt, während z. B. als „asozial“ Stigmatisierte rechtlich betrachtet erst mit dem Anerkennungsgesetz 2005 als passive Opfer des Nationalsozialismus akzeptiert wurden. Diese Entschädigungs- und Anerkennungspolitik führte zu einer Hierarchisierung der Opfergruppen und produzierte damit erneut historisches Unrecht, welches sich – wie von Dejnega empirisch nachgewiesen wird – in den Lebensentwürfen der ehemals Verfolgten widerspiegelte. Als Analyse kategorien dafür legt Dejnega entsprechend der Kapitaltheorie von Bourdieu „kulturelle, symbolische, soziale und materielle Anerkennung nationalsozialistischen Unrechts“ fest. Entlang dieser erfasste die Autorin die Auswirkungen der Anerkennungspolitik mittels kritisch hermeneutischer Analyse.

Zwar herrscht unter den ZeithistorikerInnen Einigkeit, dass die Anerkennung oder Nicht-Anerkennung als NS-Opfer das Leben der ehemaligen KZ-Häftlinge beeinflusste, eine vergleichende Analyse der Auswirkung dieser Politik auf die Selbstentwürfe der Überlebenden blieb bisher jedoch aus. Diese Analyse legt nun Dejnega vor. Die biografischen Folgen der österreichischen Anerkennungspolitik lassen sich am deutlichsten im Vergleich des Selbstentwurfs von dem als Widerstandskämpfer inhaftierten Hans Maršálek und dem als „asozial“ Verfolgten Burgenland-Rom Michael Horvath festmachen: „Er [Maršálek] selbst wird in seiner Erzählung zu einem Protagonisten des das Selbstverständnis der Zweiten Republik begründenden ‚Lagerstraßen-Mythos‘. Unter den sieben Überlebenden widerfuhr ihm das höchste Maß an Anerkennung seiner Verfolgung: Sowohl auf kultureller, als auch auf politischer Ebene wurde seine Verfolgung zu historischem Unrecht erklärt. Die Aufarbeitung dieses Unrechts konnte

Maršálek zu seinem Beruf machen, egal ob als Staatspolizist bei der Verfolgung neonazistischer Organisationen oder als Leiter der KZ-Gedenkstätte Mauthausen“ (S. 146). Konträr dazu interpretiert die Autorin die Selbstdarstellung von Michael Horvath: „Diese späte Anerkennung als Opfer rassistischer Verfolgung drückte sich [...] in einem wesentlichen Motiv der lebensgeschichtlichen Erzählung Michael Horvaths aus: dem immer wieder kehrenden Versuch des Überlebenden zu ‚beweisen‘, dass seine Familie von den Nationalsozialisten ermordet und die antiziganistischen Vorwürfe der ‚Asozialität‘ und ‚Arbeits scheu‘ unge rechtfertigt gewesen sind“ (S. 148).

In der Beschränkung auf das MSDP-Sample liegt die Schwäche der klar strukturierten Studie. Leider befanden sich unter den im Zuge des über fünf Jahrzehnte nach der Befreiung durchgeführten MSDP-Projektes interviewten Österreichern keine Frau, kein Häftling aus der Gruppe der „Kriminellen“ oder der als homosexuell Verfolgten. Von den „Asozialen“ meldeten sich nur Häftlinge, denen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur „Zigeunerrasse“ „Asozialität“ zugeschrieben wurde. Diese Einschränkung begründet die Autorin mit dem methodisch nachvollziehbaren Argument der nach einheitlichen Vorgaben geführten und damit leicht vergleichbaren MSDP-Interviews. Durch die Auswahl der Quellenbasis entstand eine rein männliche Perspektive, und Fragen nach den Folgen der bis heute nicht erfolgten Anerkennung der „kriminellen“ Häftlinge auf deren Lebensentwürfe bleiben daher unbeantwortet. Dennoch ist es Dejnega gelungen, die Wirkung von Anerkennungspolitik anhand der Lebensgeschichten – unter Berücksichtigung von individuellen biografischen Besonderheiten – sichtbar zu machen.

Gerlinde Schmid (Wien)

E-Mail: gerlinde.schmid@ikf.ac.at

Elisabeth Kübler

EUROPÄISCHE ERINNERUNGSPOLITIK. Der Europarat und die Erinnerung an den Holocaust, Bielefeld 2012, transcript, 280 S., 32,80 EUR.

Das vorliegende Werk ist Elisabeth Küblers überarbeitete Dissertation, welche sie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien vorlegte. Darin sollen die Forschungsfelder *Europa* und *Holocausterinnerung*, die bisher in „der politikwissenschaftlichen und historischen Forschung meist isoliert“ (S. 11) betrachtet wurden, zusammengeführt werden. Diese Lücke will die Studie durch eine Untersuchung der Erinnerungspolitik des Europarates füllen, der bisher mehrheitlich durch rechtswissenschaftliche Studien abgedeckt wurde (S. 60). Konkret soll geklärt werden, „in welchen institutionellen und inhaltlichen Kontexten der Europarat erinnerungspolitische Maßnahmen setzt, anhand welcher thematischen Schwerpunkte die Darstellung des Holocaust erfolgt und welches Bild von

Europa damit entworfen wird“ (S. 28). Diese Bildungsaufgabe wird mit dem Ziel einer *europäischen citizenship* betrieben, die als individuelles Handeln nach dem Holocaust für eine Zukunft Europas, welches „nicht hinter die normative Stunde Null des Holocaust zurückfallen kann“ (S. 60), definiert wird. An diesem Beispiel lässt sich exemplarisch ein Dilemma der Autorin zeigen, das sich durch die ganze Studie zieht. Dabei ist der Autorin anzurechnen, dass sie gar nicht erst versucht, Widersprüche zu glätten oder gar aufzulösen, sondern sie offensiv anspricht. Das Dilemma besteht darin, Begriffe und Ideen, die theoretisch und/oder politisch falsch oder unzureichend sind, trotzdem zu verwenden, weil diese so vom Europarat verwendet werden. Im konkreten Fall, *europäische citizenship*, bedeutet dies, dass der Europarat dem Holocaust Sinn in Form der Herausbildung demokratischer BürgerInnen geben will. Es ist aber zumindest befremdlich, wenn nicht gar obszön, „dass die Hingabe der Opfer, in Wahrheit deren sinnlose Vernichtung, irgendeinen Sinn für heutige Präventionsarbeit haben soll“ (S. 156).

In der Studie werden Publikationen aus dem Umfeld des Europarates sowie ExpertInnen-Interviews mithilfe einer „textorientierten Spielart der Grounded Theory“ (S. 28) analysiert. Das Buch erschien prominent als Eröffnungsband der Reihe *Erinnerungskulturen/Memory Cultures*, die von Aleida Assmann, Birgit Schwelling und Natan Sznaider ins Leben gerufen wurde.

Nach der Einleitung und den methodischen Betrachtungen stellt die Autorin ein Kapitel mit Begriffsdefinitionen der wichtigsten Termini. Die Begriffe *Holocaust*, *Erinnerung* und *Europa* werden pointiert erläutert und auf ihre unterschiedlichen Bedeutungsebenen abgeklopft. Kübler zeigt, welche politischen Kämpfe hinter so vermeintlich trivialen Begriffen wie Erinnerung stehen und welche Auswirkung eine zu weite oder zu enge Definition auf die Arbeit einer internationalen Organisation hat.

Das folgende Kapitel widmet sich der Darlegung der verschiedenen Erinnerungspolitiken internationaler Organisationen. Die Programme der EU (z.B. die Grundrechte-Agentur der Europäischen Union, Initiativen von Parlament oder Kommission etc.), der OSZE, der *Task Force for international Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research* und der UNO sowie Konkurrenzen und Überschneidungen, die sich daraus ergeben, werden ausführlich beschrieben und kritisch durchleuchtet.

Der dritte Teil beschäftigt sich dann mit den konkreten erinnerungspolitischen Tätigkeiten des Europarates. Dies geschieht vor allem im Programm *Teaching Remembrance*, welches wissenschaftliche und pädagogische ExpertInnen sowie BeamtenInnen umfasst und SchülerInnen helfen soll, den Holocaust zu verstehen. Dies soll in erster Linie über Fortbildung von LehrerInnen geschehen. Kübler kritisiert, dass „der Fokus auf den Lebenswelten der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“ (S. 141f.) liegt und die Täter- und Mitläuferschaft konsequent unterbelichtet bleibt. Die Ursache für diesen Ansatz sieht die Autorin im „entpolitisierten – also Ideologien, Macht, Interessen und Konflikte vernachlässigenden – Umgang mit dem Holocaust“ (S. 142). Darin sieht die Autorin ein Grundproblem der Erinnerungspolitik des Europarates: Einem der Vorurteilsforschung entlehnten Begriff von Antisemitismus folgend werden die Ursachen von Antisemitismus oft im Außenseitertum der Jüdinnen und Juden gesucht, anstatt in den sozialpsychologischen und ideologischen Grundlagen der Mehrheitsbevölkerung und der Gesellschaft (S. 165). Die Ursachen für dieses Verständnis von Antisemitismus (und auch anderen Formen der Diskriminierung wie Antiziganismus oder antimuslimischem Rassismus) sieht Kübler in der Rolle des Europarates innerhalb der internationalen Organisationen Europas sowie in der internen Zusammensetzung des Rates, woraus sich ein unausgesprochenes Grundprinzip von *Teaching Remembrance* herauskristallisiert: Konflikte vermeiden (S. 165).

Der Autorin gelingt es in diesem Kapitel, spielerisch die verschiedenen Ebenen zusammenzubringen: die Entscheidungsebene im Europarat, die verschiedenen Positionen der Mitgliedstaaten (erwähnt sei nur kurz die konkurrierende Erinnerungspolitik in ehemaligen Warschauer-Pakt-Ländern), die Publikationen von *Teaching Remembrance* und die (ideologie-)kritische Analyse alles dessen. Durch dieses Vorgehen ergibt sich ein spannendes Bild über die Tätigkeiten des Europarates in der Erinnerungspolitik. Die Arbeit kratzt einige Bereiche nur an und lässt Fragen offen. So werden etwa die erwähnten „sozialpsychologischen und ideologischen Grundlagen“ des Antisemitismus nicht näher erläutert. Dies zu tun, war allerdings auch nicht die Aufgabe der Studie und bietet daher einige Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung in diesem Bereich.

Nico Bechter (Wien)

E-Mail: nicolas.bechter@univie.ac.at